

Hans Kaufmann gestorben

BERNER KMU Der Informationsbeauftragte der Berner KMU und frühere Redaktor Hans Kaufmann ist am vergangenen Samstag im Alter von 65 Jahren überraschend gestorben. Dies teilte sein Arbeitgeber, der Verband der kleinen und mittleren Unternehmen im Kanton Bern, gestern mit.

Er sei auf einer Wanderung an der Lenk, wo er sich gerne aufgehalten habe, völlig unerwartet einem Herzversagen erlegen. Der am 6. Februar 1942 geborene Kaufmann stand kurz vor der Pensionierung.

Kaufmann arbeitete seit fast 15 Jahren als Informationsbeauftragter des Verbandes. Er habe eine «aufrichtige, transparente und ehrliche Informationspolitik» betrieben, schreibt der Verband Berner KMU in einer Würdigung. Kaufmann habe es vorzüglich verstanden, «unserem Verband die notwendige Stimme zu verleihen».

Der Verstorbene war von 1968 bis 1971 als Redaktor bei der «Neuen Berner Zeitung» tätig. Danach wechselte Kaufmann zur «Bund-Redaktion». Ab 1987 leitete er den Lokalteil der «Berner Zeitung», in deren Redaktionsleitung er Einsitz nahm.

1993 berief ihn der heutige Bundesrat und damalige Verbandspräsident Samuel Schmid auf den Posten des Informationsbeauftragten und politischen Sachbearbeiters. Kaufmann betreute die verbandseigene Zeitschrift, verfasste Medienmitteilungen und arbeitete in Aktionskomitees für kantonale und eidgenössische Abstimmungen und Wahlen mit. (pd)

Zögerlicher Rücklauf der Wahlkuverts

Auf den Kanzleien der **Berner Städte** sind erst wenige Wahlkuverts eingetroffen

Der Rücklauf der Wahlkuverts in Thun, Burgdorf, Biel und Bern harzt etwas. Nur in Langenthal sind mehr Briefe als vor vier Jahren eingegangen.

MIREILLE GUGGENBÜHLER

Wählt das Volk seine Vertreter lieber an der Urne statt brieflich? Und stimmt das Volk umgekehrt bei Sachvorlagen lieber brieflich statt an der Urne ab? Diese Fragen hat man sich auf der Thuner Stadtkanzlei bei den Wahlen vor 4 Jahren gestellt. Denn: «Wir hatten damals den Eindruck, dass der Anteil eingegangener Briefe bei Wahlen im Verhältnis kleiner ist, als wenn über Sachvorlagen abgestimmt wird», sagt der Thuner Vize-Stadtschreiber Remo Berlinger. Diese These sei zwar nicht mit einer Untersuchung erhärtet worden, aber: «Wenn wir diesen Eindruck nach den diesjährigen Wahlen wieder haben, müsste allenfalls einmal darüber nachgedacht werden, weshalb dies so ist.» Seine eigene Erklärung dafür: «Bei Wahlen brauchen die Leute vermutlich mehr Zeit, sich zu entscheiden. Die dafür bemessene Frist fällt allenfalls etwas zu kurz aus.»

Das Gesetz sieht vor, dass die Kuverts mit dem Wahlmaterial frühestens 20 Tage und spätestens 10 Tage

vor den Wahlen bei den Stimmberechtigten sein müssen. Bei Sachvorlagen sieht dies anders aus: Spätestens 21 Tage vor einer Abstimmung müssen die Unterlagen bei den Stimmberechtigten eingetroffen sein.

In Thun erhielten die Stimmbürger die Kuverts zwischen dem 1. und dem 10. Oktober zugestellt. Bis am Montag sind auf der Stadtkanzlei 3904 Kuverts eingetroffen. In Thun sind 31 135 Personen stimm- und wahlberechtigt. Vor vier Jahren wählten insgesamt 8552 Personen oder 74 Prozent per Brief.

Tiefes Wahlinteresse?

In Burgdorf traf «der grösste Teil der Kuverts am 10. Oktober bei den Stimmberechtigten ein», sagt Simon Liechti, Leiter der Einwohnerdienste. Rund 10 Tage vor den Wahlen also. Das sei allenfalls tatsächlich etwas knapp, sagt Liechti. «Bis jetzt haben wir 1500 Kuverts zurückerhalten, das ist eigentlich sehr wenig.» Vielleicht sei aber auch das Wahlinteresse ganz einfach tief. 10 779 Personen sind in Burgdorf stimmberechtigt. Bei den Wahlen vor 4 Jahren stimmten 74 Prozent brieflich ab.

Der Berner Vize-Stadtschreiber Jürg Wichtermann erklärt sich den zögerlichen Rücklauf der Kuverts ebenfalls mit einem «möglicher-

weise geringen» Wahlinteresse. Er ortet aber noch ein anderes Problem: «Vor 4 Jahren wurde das Wahlmaterial früher verschickt.» Es seien denn auch einige Reklamationen deswegen auf der Stadtkanzlei eingegangen. In Bern haben bis am Montag 13 900 Stimmberechtigte brieflich gewählt – das sind 1000 Briefe weniger, als vor vier Jahren zum selben Zeitpunkt auf der Stadtkanzlei eingetroffen waren. In Bern sind 85 000 Personen stimmberechtigt.

In Langenthal trifft über die Hälfte der Wahlkuverts «erfahrungsgemäss noch in der letzten Woche ein», wie Luis Gomez, Fachbereichsleiter der Einwohnerdienste, sagt. Bis jetzt sind 1300 Kuverts bei der Gemeinde eingetroffen – vor 4 Jahren waren es zum selben Zeitpunkt 200 Briefe weniger, nämlich 1100 Stück. Damals wählten insgesamt 3218 Stimmberechtigte per Brief. In Langenthal sind 9700 Personen stimmberechtigt.

Sind die Herbstferien schuld?

In der Stadt Biel sind bis jetzt 3500 Briefe eingetroffen. Normalerweise träfen bis zum Enddatum 6500 bis 7000 Briefe ein. Der zögerliche Rücklauf der Wahlkuverts habe vermutlich einen Zusammenhang mit den Herbstferien, erklärt man sich dies in Biel.

Worb hofft auf «schwarze Null»

Parlament genehmigte gestern Abend **Budget 2008**

Auch im kommenden Jahr wird der Steuersatz in Worb 1,6 Einheiten betragen.

Finanzvorsteher Gimmel bezeichnete Worb's Finanzen zwar als weiterhin «kritisch», hofft aber auf ein ertrage-reicheres Jahr als budgetiert.

ADRIAN SULC

Knapp 47,5 Millionen Franken sollen im kommenden Jahr in die Kassen der Gemeinde Worb fliessen – 292 000 Franken weniger als voraussichtlich ausgegeben wird. Doch es hätte durchaus schlechter aussehen können, erklärte Gemeinderat Jonathan Gimmel (sp) gestern Abend dem Parlament: Ohne ausserordentliche Einnahmen aus der Auflösung des Gemeindeverbands Spital Grossehöchstetten und aus der Auflösung von Rückstellungen hätte das Defizit über 800 000 Franken betragen. Der Gemeinderat beantragte dem Parlament, den Steuerfuss auf 1,6 Einheiten zu belassen, obwohl die Finanzkennzahlen nach wie vor «kritisch» seien, wie Finanzvorsteher Gimmel sagte. Der Selbstfinanzierungsgrad werde 2008 nicht wie vom Gemeinderat gewünscht 100, sondern lediglich 41 Prozent erreichen. Das Ziel bleibe jedoch, Ende 2008 trotz dem budgetierten Defi-

zit eine «schwarze Null» zu erreichen.

FDP-Sprecher Ulrich Emch kritisierte dies umgehend: Er könne dem Voranschlag nicht zustimmen. «Wir sind keine notorischen Neinsager, wir wollen aber mit den Steuerfranken, die wir haben, das Maximum herausholen.» Doch von diesem Ziel spüre die FDP leider nichts mehr, der Gemeinderat habe nur eine Massnahme, um dem budgetierten Defizit zu entgehen: «Die Hoffnung, dass es dann doch besser herauskommt – geht dieser Schuss nicht hinten hinaus?» Emch forderte seitens der Verwaltung «innovative und umsetzbare Vorschläge», wie zu sparen sei, machte zum Budget jedoch keinen Änderungsantrag.

Alfred Wirth (sp) hielt dagegen: «Der Finanzbedarf für die Aufgabenerfüllung bestimmt den Steuersatz – und nicht umgekehrt.» Auch die Fraktionen von EVP und EDU unterstützten den Voranschlag. Heinz Stauffer (svp) erklärte, dass die SVP den Gemeinderat in die Pflicht nehmen werde, die Steuern mittelfristig zu senken. Stauffer merkte zudem an, er vermisse im Budget die Investitionen in die – jüngst vieldiskutierten – Aussenschulen.

Mit 30 Ja-Stimmen genehmigte das Parlament bei 9 Enthaltungen schliesslich den Voranschlag für das kommende Jahr.

Nur noch ein blaues Dünstchen

Rauchverbot in **Könizer** Schulen und Verwaltung

Ein überparteiliches Postulat zeitigt Wirkung: In den Gebäuden der Schul- und Sportanlagen der Gemeinde Köniz herrscht Rauchverbot; rauchende Verwaltungsangestellte werden ins Fumoir verbannt.

RENATE BÜHLER

«Der Gemeinderat wird beauftragt, in der Verwaltung, den gemeindeeigenen Schul- und Sportanlagen und dem Gemeindeteil des Schlosses ein generelles Rauchverbot zu erlassen.» Dies forderte vor nunmehr zweieinhalb Jahren das Könizer Parlament in einer als Postulat erheblich erklärten Motion. «In der Schweiz sterben jährlich 8000 Menschen an den Folgen des Tabakkonsums», begründeten die Volksvertreter ihren Vorstoss, «umgerechnet auf Köniz bedeutet das, dass in unserer Gemeinde jedes Jahr 41 Mitbürger wegen des Rauchens sterben.» Rauchen verursache Schmerz, Leid und auch Kosten – und das Passivrauchen stelle eine häufig unterschätzte Gefahr für die Gesundheit dar. «Zum Schutze aller» solle die Gemeinde daher ihre Gebäude künftig rauchfrei halten und ein generelles Rauchverbot erlassen.

Gemeinderat hat offene Ohren

Besonders die Schulen sollten mit gutem Beispiel vorangehen, da die Zahl der rauchenden Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 19 Jahren «in den letzten Jahren massiv gestiegen» sei, schrieben die Parlamentarier. Je früher man jedoch mit Rauchen beginne, desto schwieriger gestalte sich das Aufhören. «Rauchfreie Schulanlagen sollen den Jugendlichen zeigen, dass nicht nur über Prävention gesprochen, sondern diese auch ak-

tiv betrieben wird.» Die Forderungen des Parlaments stiessen beim Gemeinderat auf offene Ohren – die Exekutive war es, die den Ratsleuten 2005 beantragte, die Motion als Postulat erheblich zu erklären. Bereits damals hatten es rauchende Gemeindeangestellte nicht einfach, hatte der Gemeinderat doch schon im März 2005 ein allgemeines Rauchverbot in den Verwaltungsgebäuden erlassen; einzig in speziell dafür vorgesehenen Räumen durften die Raucher unter den Gemeindeangestellten und Lehrern noch ihrem Vergnügen huldigen – sofern ein solches Fumoir überhaupt vorhanden war. «Ziel ist es, die Nichtraucherinnen und Nichtraucher vor Belästigung durch Rauch zu schützen. Diese Regelung wird auch von vielen Aktivrauchenden begrüsst, weil sich dadurch ihr Tabakkonsum während der Arbeitszeit einschränkt», schrieb die Exekutive 2005 zuhanden der Parlamentarier.

Aus für Schulhausfumoirs

Unterdessen wurden die Spielregeln für die Raucher noch einmal verschärft – insbesondere für die Lehrerinnen und Lehrer: «Der Vorbildfunktion der Lehrkräfte und der damit verbundenen Suchtprävention» habe die Gemeinde bei der Prüfung eines weitergehenden Rauchverbots einen hohen «Stellenwert beigemessen», schreibt der Gemeinderat in seiner Postulatsantwort. Daher gilt nun in sämtlichen Gebäuden der Schul- und Sportanlagen ein generelles Rauchverbot, ebenso im Bistro im Haberhuus, dessen Räumlichkeiten keine abgetrennte rauchfreie Zone zulassen. Fumoirs gibt es nur noch in gewissen Verwaltungsgebäuden. Am kommenden Montag wird das Könizer Parlament die gemeinderätliche Postulatsantwort diskutieren.



Wir gehen auf Sie ein:
 Fachkompetenz, Planung, Beratung und perfekter Lieferservice sind bei uns seit 60 Jahren Tradition!

Besuchen Sie unsere 4500 m² grosse Wohn-Ausstellung in Thun!

Bettsofas in allen Variationen



MAN MUSS NICHT SCHÖNER WOHNEN, ABER MAN KANN...
 ...NATÜRLICH

FAHRNI-WEINMANN

Beim Spital, 3600 Thun
 Telefon 033 225 70 20
www.fahrni-weinmann.ch

4048096